

XXIII. Delegiertenversammlung der VLK, 14./15. September 2007, Bremerhaven

Antrag Nr. L01

1 **Betr.: Zukunft findet Stadt – Stadt findet Zukunft**

2
3 **Antragsteller: VLK-Bundesvorstand**

4
5 **Die Delegiertenversammlung der VLK möge beschließen:**

6 7 **Einleitung**

8
9 Gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklungen und Wandel
10 werden von den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten geprägt. Diese Veränderun-
11 gen werden zudem in besonderem Maße in den Städten spürbar, sie wirken sich unmit-
12 telbar aus und stellen entscheidend die Weichen für die Menschen in Deutschland. Zu-
13 kunft beginnt in den Städten.

14
15 Zu den bestimmenden Zukunftsfaktoren gehört der demographische Wandel. Eine
16 schrumpfende Bevölkerung und eine neue Verteilung der Altersstufen in der Gesell-
17 schaft stellen nicht nur die sozialen Sicherungssysteme auf den Prüfstand, sondern be-
18 einflussen entscheidend die Arbeits- und Lebenswelt der Menschen. Für viele Städte
19 bedeutet der demographische Wandel, „kleiner“ zu werden und dabei ihre Infrastruktur
20 für eine relativ zur Bevölkerungszahl wachsende Zahl von älteren Menschen umzuge-
21 stalten. Zugleich aber stehen die Städte vor der Aufgabe, Familien ein positives Le-
22 bensumfeld zu bieten, in dem Kinder und Beruf miteinander bestmöglich vereinbar sind
23 und jungen Menschen eine Zukunft geboten wird.

24 Bürgertum und Städte sind untrennbar miteinander verbunden. In den Städten entwik-
25 kelte sich die bürgerliche Gesellschaft. Die deutschen Städte stehen für die Entwicklung
26 eines selbstbewussten Bürgertums, der Demokratie und der Freiheitsrechte. Der Weg
27 in die Bürgergesellschaft führt unabdingbar über die Städte, in denen die Bürgerinnen
28 und Bürger sich im Bewusstsein ihrer Eigenverantwortung füreinander und für ihr Le-
29 bensumfeld an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft beteiligen können. Die Zu-
30 kunftsaufgabe der Städte liegt auch darin, neue Beteiligungsmodelle der Bürgerinnen
31 und Bürger an der Politik zu erproben und so den Weg für das Bürgertum des 21. Jahr-
32 hunderts vorzuzeichnen.

33 In den Städten finden kulturelle Entwicklungen ihren Nährboden. Kulturangebote wie
34 Theater, Museen, Opern und Konzerthäuser ebenso wie Galerien, Architektur und Städ-
35 teplanung nehmen aktuelle Trends auf und geben Anstöße für kulturellen Fortschritt.
36 Dies gilt ebenso für die gesellschaftliche Kultur, die gerade in Städten unterschiedlich-
37 sten Einflüssen ausgesetzt ist. Städte sind mit ihren vielfältigen kulturellen Angeboten
38 der Salon der Zukunft.

39 Städte sind in der globalisierten Welt eingebunden in die komplexen wirtschaftlichen
40 und rechtlichen Rahmen der EU und anderer internationaler Zusammenschlüsse. Vor
41 allem die EU ist teilweise zum unmittelbar bestimmenden Einflussfaktor auf die Städte
42 geworden, weshalb sich häufig die Frage stellt, in welchem Maße die in der deutschen
43 Verfassung garantierte Selbstverwaltung der Kommunen noch ausgeübt werden kann.
44 Um die freie Entwicklung der Städte für die besten Konzepte zur Bewältigung der Zu-
45 kunft zu gewährleisten, muss die Selbstverwaltung gestärkt und bewahrt werden.

XXIII. Delegiertenversammlung der VLK, 14./15. September 2007, Bremerhaven

Antrag Nr. L01

1 Als wirtschaftliche Zentren, die die Städte von jeher waren und sind, zeigt sich hier be-
2 sonders deutlich, wie sich Handel, Industrie und Dienstleistungen in Zukunft entwickeln
3 werden. Die Städte sind auch im Informations- und Medienzeitalter Dreh- und Angel-
4 punkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Arbeitsplätze und wirtschaftliche Wertschöp-
5 fung, die in den Städten entstehen, sind der Motor für die ökonomische Zukunft unseres
6 Landes.

7 In den Städten sind soziale Strukturen besonderen Veränderungen, aber auch Bela-
8 stungen ausgesetzt. Die hohe Bevölkerungsdichte und das Zusammenleben unter-
9 schiedlichster Bevölkerungsgruppen lässt sozio-strukturelle Veränderungen schnell und
10 ungeschönt deutlich werden. Die Antworten, die die Städte finden müssen, um mög-
11 lichst allen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, werden ent-
12 scheidend für die Zukunft des sozialen Friedens in Deutschland sein.

13 Umweltprobleme wie Smog oder Feinstaubbelastung, aber auch Lärm stellen in den
14 Städten große Probleme dar. Zugleich ist das Bewusstsein der städtischen Bevölkerung
15 für den Umweltschutz häufig besonders ausgeprägt. Eine Zukunftsaufgabe der Städte
16 wird daher darin liegen, Wege zu finden, unter Berücksichtigung der Mobilitätsanforde-
17 rungen und der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch des Städtebaus eine gesunde
18 und lebenswerte Umwelt zu erhalten und zu schaffen.

19

20 **Daher fordern die liberalen Kommunalpolitiker:**

21 1. Städte müssen ihre Zukunft selbst gestalten können.

22 Die grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltung der Städte muss gegenüber den
23 Ländern, dem Bund und auch in der EU gestärkt werden. Immer neue Aufgaben-
24 übertragungen ohne finanzielle Kompensation darf es nicht mehr geben. Das im
25 Rahmen der Föderalismusreform eingeführte Aufgabenübertragungsverbot des
26 Bundes gegenüber den Kommunen hat sich in der Praxis als untaugliches Instru-
27 ment erwiesen. Statt dessen muss im Grundgesetz ein echtes Konnexitätsprinzip
28 verankert werden. Die Kommunen brauchen zudem klar definierte Mitspracherechte
29 bei Gesetzesvorhaben, die ihre Kompetenzen und Aufgaben betreffen.

30 2. Die städtischen Finanzen müssen für die Zukunft tragfähig gemacht werden.

31 Die Städte brauchen solide und verlässliche Finanzquellen und eine planbare Aus-
32 gabenentwicklung. Statt der konjunkturanfälligen und wirtschaftlich kontraprodukti-
33 ven Gewerbesteuer sollen die Städte künftig einen höheren Anteil an der Umsatz-
34 steuer sowie einen eigenen Hebesatz auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer
35 erhalten.

36 3. Die Zukunft der Städte muss von den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden.

37 Partizipationsmöglichkeiten schaffen die Grundlage für die Identifikation der Bürge-
38 rinnen und Bürger mit „ihrer“ Stadt. Die Verbundenheit der Menschen bildet die Ba-
39 sis für Eigenverantwortung und stellt zugleich die Grundlage dar, um auch in
40 schwierigen Zeiten gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Die Städte müssen da-
41 bei auch die Möglichkeiten der neuen Medien nutzen, um die Menschen in die Poli-

XXIII. Delegiertenversammlung der VLK, 14./15. September 2007, Bremerhaven

Antrag Nr. L01

1 tik einzubeziehen. Bürgergesellschaftliche Strukturen und freiwilliges Engagement
2 müssen zielorientiert in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. Die Beteili-
3 gung der Bürgerinnen und Bürger ist unerlässlich für eine nachhaltige Entwicklung
4 der Städte. Eine ökologisch und sozial intakte Umwelt ist für Mittelstand, Handel
5 und Dienstleister mit Voraussetzung für ökonomischen Erfolg.

- 6 4. Städte müssen dem demographischen Wandel mit zukunftsweisenden Konzepten
7 begegnen.

8 Wie eine Stadt mit dem demographischen Wandel umgeht, muss in einem gesamt-
9 gesellschaftlichen Prozess vor Ort entschieden werden. Zwingend ist jedoch die
10 Beschäftigung mit dem demographischen Wandel in jeder Stadt. Alle Städte werden
11 betroffen sein, und es gilt, jetzt die Weichen zu stellen, wie die Infrastruktur sich
12 entwickeln muss, um für die künftige Altersstruktur gewappnet zu sein.

- 13 5. Kinder sind die Zukunft der Städte.

14 Kinderfreundlichkeit einer Stadt macht sich nicht nur, aber doch entscheidend daran
15 fest, ob ausreichend Kindertagesbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Die Städ-
16 te müssen zügig den Ausbau der Kindertagesbetreuung vorantreiben und dabei von
17 Bund und Ländern unterstützt werden. Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
18 dürfen die Städte weder bei den Investitionen noch bei den Betriebskosten vom
19 Bund allein gelassen werden. Die Städte können und müssen dabei gerade auf pri-
20 vate Initiativen, Tagesmütter und Betriebskindertagesstätten setzen, um den unter-
21 schiedlichen Bedürfnissen und Wünschen der Eltern, Kinder, aber auch der Wirt-
22 schaft gerecht werden zu können. Zudem muss auch im Bereich der Kindertages-
23 betreuung der Grundsatz gelten: dass privat geht vor Staat.

- 24 6. Städte müssen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

25 Die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wachstumsfähige Wirtschaft ist
26 Bedingung nicht nur für stabile Einnahmen der Städte, sondern vor allem für Ar-
27beitsplätze und damit soziale Stabilität sowie Kaufkraft. Die Mittelstandsförderung
28 ist für die Innenstädte von zentraler Bedeutung. Die Städte müssen Konzepte ent-
29wickeln, der lokalen Wirtschaft Perspektive zu geben und die Ansiedlung neuer Un-
30ternehmen zu unterstützen. Dazu bedürfen sie aber auch des Freiraums, Konzepte
31 zu erproben und neue Wege zu gehen. Vor allem in der Technologieförderung liegt
32 Wachstumspotential. Mit städtischen Technologiezentren und der Förderung von
33 Unternehmensgründungen können Städte sich Zukunftschancen eröffnen. Zugleich
34 gilt es, die Informationsgesellschaft als Chance auch der lokalen Wirtschaftsförde-
35 rung zu begreifen. Der Einsatz von Instrumenten des E-Government bietet die
36 Chance, städtische Unternehmen aus der IT-Branche einzubinden.

- 37 7. Stadtentwicklung muss sich an ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltig-
38 keit orientieren.

39 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wächst die Bedeutung der
40 städtischen Kerne, in denen technische und soziale Infrastrukturen zentral und da-
41 mit relativ kostengünstig vorgehalten werden können. Der Erhaltung und Weiter-

XXIII. Delegiertenversammlung der VLK, 14./15. September 2007, Bremerhaven

Antrag Nr. L01

1 entwicklung städtischer Zentren kommt daher entsprechende Bedeutung zu. Dazu
2 bedarf es Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung dif-
3 ferenzierter Wohnungsangebote. Es gilt, der Entmischung der verschiedenen Le-
4 benswelten – Arbeit, Freizeit, Wohnen – entgegenzuwirken und die städtischen
5 Zentren als Handels- und Lebensraum wieder zu entdecken und durch optimierte
6 Mobilitätsstrukturen zugänglich zu machen. In der Vorbereitung und Umsetzung
7 städtebaulicher Projekte muss Bürgerbeteiligung daher größere Priorität erhalten.
8 Vor allen Dingen muss den Kommunen der Freiraum gegeben werden, um Beteili-
9 gungsmodelle erfolgreich zu entwickeln und zu erproben, wo im Aufeinandertreffen
10 der Bürger Gesellschaft entsteht.

11 8. Einsatz gegen Arbeitslosigkeit muss Vorrang in den Städten haben.

12 Probleme, die sich durch hohe Arbeitslosigkeit ergeben, insbesondere auch durch
13 Jugendarbeitslosigkeit, stellen die Städte vor die Herausforderung, diese Menschen
14 auf dem Weg in Arbeit zu begleiten. Die Erfolge der Optionskommunen beweisen
15 eindeutig, dass die beste Arbeitsvermittlung durch die Städte selbst durchgeführt
16 wird. Die Weiterentwicklung der Hartz-IV-Gesetze muss daher dieser Chance
17 Rechnung tragen, indem die Verantwortung für die Arbeitsvermittlung generell auf
18 die Kommunen übertragen wird. Menschen in Arbeit zu bringen, ist für die Städte
19 die beste Gewähr für eine positive Entwicklung in der Zukunft.

20 9. Integration schafft Zukunft für eine erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung in den
21 Städten.

22 Erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund schafft für die
23 Städte nicht nur soziale Stabilität, sondern Mehrwert durch sinkende Arbeitslosigkeit
24 und einen insgesamt verbesserten Wohnwert. Die Anstrengungen der Städte für In-
25 tegration müssen daher hohe Priorität genießen. Dazu gehört auch und gerade die
26 Förderung junger Menschen aus Familien mit Migrationshintergrund bereits in Kin-
27 dertagesstätten und Schulen.

28
29 **Begründung:**
30 erfolgt mündlich